

„Mit den Grünen wäre das nicht passiert“

Liebe Leserinnen und Leser,

so überschrieb die Wochenzeitung „Die Zeit“ ihren politischen Leitartikel am 27. Juli 2017. Es folgte die Antwort auf die Frage, welche Folgen es für Deutschland habe, dass die Grünen seit zwölf Jahren im Bund nicht mitregieren: Es sei ein mittleres ökonomisches und ökologisches Desaster. Am Beispiel des Dieselskandals und der Energiewende wird Merkels Politik als „zu spät, zu wenig – und dann holterdiepolter“ beschrieben. Das Hin und Her (der 2010 vollzogene, schwarz-gelbe Ausstieg aus dem 2000 von rot-grün beschlossenen Atomausstieg und der nach Fukushima 2011 erneute Ausstieg) habe die Energiewende teurer gemacht. Geradezu paradox sei daher, dass das schlechte Image des notwendigen Wandels hin zur Nachhaltigkeit häufig den Grünen angelastet würde. Denn der Autor unterstellt richtig, dass mit Grünen in der Regierung sowohl mit der Energiewende als auch mit der Verkehrswende früher begonnen worden wäre, was einen sanfteren Verlauf ermöglicht hätte.

Die großen politischen Herausforderungen sind Ihnen aus Internet,

Rundfunk, Fernsehen und überregionalen Zeitungen bekannt. Wie wir Grüne sie meistern wollen, haben wir auf 250 Seiten in einem Wahlprogramm aufgeschrieben. In der vorliegenden Ausgabe der „Schönecker Grünen Zeitung“ präsentieren wir mit dem **Zehn-Punkte-Plan** die Kernpunkte daraus. Wir wollen Ihnen auch zeigen, welchen Unterschied es macht, ob Grüne an Regierungen beteiligt sind oder nicht. Anhand von Beispielen aus unserer eigenen Erfahrung im Kommunalparlament, in dem wir Sitzung für Sitzung darum ringen, unsere Ressourcen zu schonen - manchmal mit, allzu häufig aber gegen unsere Wettbewerber aus den anderen demokratischen Parteien. „Global denken – lokal handeln“: Die Beispiele sind mit einem **Verweis auf das betreffende Thema des 10-Punkte-Programms** versehen, zu dessen Lösung wir lokal beitragen wollen.

Das Gute ist, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der das friedliche, demokratische Ringen nur von wenigen Menschen in Frage gestellt wird. Und dass Sie die Wahl haben. Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre und eine gute Wahl am 24. September.

Peter Zittier
Sprecher des Ortsverbands

Dr. Barbara Neuer-Markmann
Fraktionsvorsitzende

Grüner Zehn-Punkte-Plan kompakt

1. Klimaschutz voranbringen:

Wir steigen so aus der klimafeindlichen Kohle aus, dass wir die Klimaschutzziele und unser Ziel 100% erneuerbare Energie im Strombereich bis 2030 einhalten. Die zwanzig schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab.

2. E-Mobilität zum Durchbruch verhelfen:

Wir wollen ab 2030 nur noch abgasfreie Autos neu zulassen.

3. Landwirtschaft nachhaltig machen:

Wir schaffen die industrielle Massentierhaltung über die nächsten 20 Jahre ab und steigen auf eine Landwirtschaft ohne Ackergifte und Gentechnik um.

4. Europa zusammenführen:

Wir werden massiv in die ökologische Modernisierung und die digitale Zukunft unseres Kontinents investieren und so auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern beitragen - statt zwei Prozent der Wirtschaftsleistung mehr in Verteidigung zu stecken.

5. Familien stärken:

Wir bekämpfen Kinderarmut und stärken Alleinerziehende. Wir verbessern die Familienförderung mit 12 Milliarden Euro zusätzlich: das grüne Familienbudget – mit allem was dazugehört – stärkt nicht nur Familien sondern fördert auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen.

6. Soziale Sicherheit schaffen:

Wir bauen die sozialen Sicherungssysteme schrittweise zu einer solidarischen Bürgerversicherung für alle um, beenden die Zweiklassen-Medizin und stabilisieren das Rentenniveau.

7. Integration zum Erfolg führen, Flüchtlinge schützen:

Wir reformieren das Staatsbürgerschaftsrecht: Wer in Deutschland geboren wird, ist deutscher Staatsbürger. Wir wollen, dass anerkannte Flüchtlinge ihre Familien nachholen dürfen. Mit uns gibt es keine Obergrenze beim Asylrecht. Weitere Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab.

8. Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben:

Wir sorgen dafür, dass gleichwertige Arbeit endlich gleich bezahlt wird - egal, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird. Wir wollen die Ehe für alle auch in Deutschland ermöglichen und das Adoptionsrecht öffnen.*

9. Freiheit sichern:

Wir stehen für eine effektive Sicherheitspolitik. Eine Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürgerrechte reagiert. Wir sorgen dafür, dass die Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben gut ausgestattet ist.

10. Fluchtursachen bekämpfen:

Deutschland trägt derzeit mit Rüstungsexporten an Diktaturen und Krisenregionen zur Unsicherheit in der Welt bei. Deshalb beenden wir solche Exporte mit einem verbindlichen Rüstungsexportgesetz. Mit fairen Handelsabkommen stärken wir ökologische und soziale Standards weltweit.

* Der 10-Punkte-Plan wurde im Juni so beschlossen. Es freut uns, dass unser jahrelanges, hartnäckiges Eintreten für die Ehe für alle zwischenzeitlich endlich zum Erfolg führte.

Grundeinkommen schlägt Fußball

Trotz parallel stattfindendem Fußballspiel Tschechien-Deutschland interessieren sich auf Einladung der Schönecker Grünen über 50 Besucher für den Vortrag „Bedingungsloses Grundeinkommen – Utopie oder Notwendigkeit?“ des sozialpolitischen Sprechers der Grünen im Bundestag, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, in Kilianstädten.

Das Konzept, häufig auch als negative Einkommensteuer bezeichnet, sei letztlich eine grundlegende und vereinfachende Steuerreform. Jeder Bürger erhalte ohne Bedürftigkeitsprüfung das Grundeinkommen. Die Gegenfinanzierung erfolge vor allem durch die Streichung der heutigen Steuerfreibeträge sowie durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes, zum Beispiel um 3 Prozent, womit ein Grundeinkommen in Höhe von 1.000 € abgedeckt werden könne.

Aus dem Plenum wurde die naheliegende Befürchtung geäußert, das Grundeinkommen könne dazu führen, dass Menschen nicht mehr zur Arbeit motiviert seien.

Strengmann-Kuhn erwartet das Gegenteil: Denn heute sei der Unterschied zwischen den unteren Einkommensgruppen und der Grundsicherung sehr gering, es mache in diesen Bereichen finanziell daher kaum einen Unterschied, ob gearbeitet wird oder nicht. Häufig müssten sogar Vollzeitbeschäftigte mit Sozialleistungen „aufstocken“, um über die Runden zu kommen. Mit dem Grundeinkommen kehre sich das Verhältnis um: Es lohne sich zu arbeiten, denn jeder verdiente Euro stocke das Grundeinkommen auf, müsse aber auch versteuert werden.

Die Wortmeldung einer Altenpflegerin unter den Zuhörern untermauerte diese Aussage. Ihr geringes Einkommen reiche kaum zum Leben, berichtete sie. Die permanente Arbeit über der körperlichen und psychischen Belastungsgrenze führe zur vollkommenen Erschöpfung und habe sie schließlich zur Eigenkündigung gezwungen. Mit einem Grundeinkommen könnte beispielsweise durch eine temporäre Arbeitszeitreduzierung nicht nur das Leben unter diesen Arbeitsbedingungen verbessert, sondern auch

die Arbeitskraft dauerhaft für die Gesellschaft erhalten werden.

Ein Zuhörer war sicher, dass die gewonnene Sicherheit und Freiheit durch ein Grundeinkommen Kreativität und auch Unternehmensgründungen befördere. Er warb daher für eine möglichst rasche Umsetzung.

Die Grünen wollen im Fall eines Erfolgs bei der Bundestagswahl einen repräsentativen

Modellversuch starten und wissenschaftlich begleiten. Denn Strengmann-Kuhn ist zwar von den positiven Aspekten überzeugt und streitet deshalb seit Jahren innerhalb und außerhalb der Partei für die Vision. Ganz Wissenschaftler weiß er aber auch, dass die Wirkungen erprobt und bewiesen werden müssen, um die Gesellschaft bei der Umsetzung mitzunehmen.



Gut besucht:
Infoveranstaltung
„Grundeinkommen
– Utopie oder Notwendigkeit?“ am 1.9.2017
mit dem sozialpolitischen Sprecher der Grünen im Bundestag
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

Grüne Impulse für den Klimaschutz in Hanau und Nidderau – Stillstand in Schöneck

In Sachen Klimaschutz sind die Hebel in der Kommunalpolitik naturgemäß nicht so groß wie in der Bundespolitik, schon gar nicht aus der Opposition heraus. Was jedoch bewegt werden kann, wenn Grüne in einer Koalition beteiligt sind, zeigt ein Blick in unsere Nachbarstädte Nidderau und Hanau.

In Hanau wird das jüngste Baugebiet „Im Venussee“ ausschließlich mit Passivhäusern bebaut. Der Einspareffekt beträgt 85 Tonnen CO₂ pro Jahr.

In Nidderau wurde für das Baugebiet „Neue Mitte“ der Passivhaus-Standard vorgegeben, ein wichtiges Anliegen der Nidderauer Grünen. Ortsverbandsvorsitzender Walter Heidrich: „Wie wir heute Häuser bauen, bestimmt deren Energiebedarf über Jahrzehnte. Zu keinem Zeitpunkt kann die Politik so einfach und kostengünstig Klimaschutz betreiben wie bei der Konzeption von Neubaugebieten. Ein Passivhaus hat einen Wärmebedarf von maximal 15 Kilowattstunden pro Jahr und Quadratmeter Wohnfläche, nur ein Drittel dessen was gesetzlich auch heute nach Energieeinsparverordnung noch zuläs-

sig ist.“ In Nidderau ist deshalb das Passivhaus-Baugebiet ein zentrales Element der rot-grünen Koalitionsvereinbarung.

Ganz nebenbei wurde Nidderau 2017 Kreismeister in der Solarbundesliga und hat damit dem Seriensieger Schöneck den Rang

**Grüner Punkt 1:
Klimaschutz
voranbringen**

abgelaufen. Das heißt, dass in Nidderau pro Einwohner am meisten Strom und Wärme aus Sonnenenergie erzeugt wurde. Herzlichen Glückwunsch nach Nidderau, die politischen Impulse zahlen sich aus!

In Schöneck dagegen bewegt sich nichts! Zuletzt wurde im Jahr 2010 die Erich-Simond-Sporthalle im Passivhausstandard errichtet. Damals gab es in Schöneck noch ein rot-grünes Bündnis. Die große Koalition

seit 2011 pfeift auf den Klimawandel und will über energieeffizientes Bauen nicht mal mehr reden, entsprechende Anträge der Grünen wurden abgelehnt.

Dass Klimaschutz für die Schönecker große Koalition seit 2011 annähernd das Letzte ist, zeigt auch ein Blick auf die Homepage: Nach einigem Scrollen findet man einen

Link auf das Thema. Nur der Link auf das Wetter kommt noch danach. Und die Einträge sind hoffnungslos veraltet, die Aktualisierung der jährlichen Energieverbrauchsübersicht wurde 2011 heimlich, still und leise eingestellt. Dazu passt: Das 2012 verabschiedete Klimaschutzkonzept verstaubt in den Amts-Schubladen.

3. "Klimaschonende Neubaugebietsplanung" (Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen)	000058/2017
Beschluss Um Klimaschutz-Aspekte bei den anstehenden Planungen für Neubaugebiete von Beginn an wirksam und effizient berücksichtigen zu können, werden die möglichen Maßnahmen im Handlungsspektrum der Gemeinde unter Hinzuziehung von externen Experten in einer Sitzung des Ausschusses für Bauen, Umwelt, Verkehr, Energie und Klimaschutz erörtert	
Abstimmung: 11 Stimme/n dafür, 23 Stimme/n dagegen, 1 Enthaltung/en	

Konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz:
Darüber will die Schönecker „GroKo“ nicht mal reden (Auszug aus der Niederschrift der Schönecker Gemeindevertretung vom 16.03.2017)

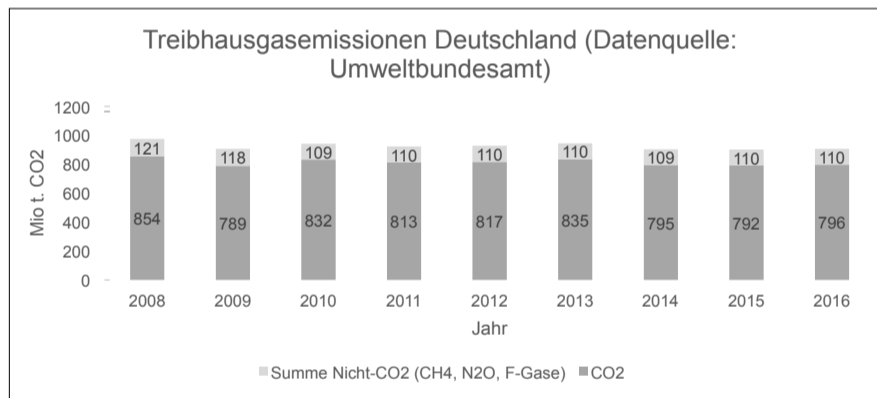


Nidderau: Passivhausbaugelände „Neue Mitte“

Stillstand in Deutschland



Wir bedauern, dass Twittern und Handeln der Bundesregierung im Klimaschutz NICHTS gemein haben. Fakt ist: Deutschland hat in den zwei letzten Legislaturperioden von Kanzlerin Merkel keinerlei Fortschritte gemacht. Der deutsche Treibhausgasausstoß ist 2016 noch genauso hoch wie 2009!



Grüne und repair4smartphones: Gegen den Wegwerftrend

Auf ihrer Informationstour durch den Wahlkreis informierte sich die Bundestagskandidatin der Grünen, Anja Zeller, über die Arbeit des Budesheimer Unternehmens repair4smartphones. Durch Reparaturen verschafft der Betrieb pro Tag etwa 50 bis 60 Smartphones und Tablets ein längeres Leben. Anreize gegen den Wegwerftrend wollen auch die Grünen im Falle einer Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl setzen.

„Reparieren oder Wegschmeißen und den Hochglanz-Verlockungen der Hersteller nachgeben und die nächste Gerätegenerati-

on erwerben?“ Wie für viele andere, stellt sich diese Frage auch für den Schönecker Gemeindevertreter der Grünen, Wolfgang Seifried, in regelmäßigen Abständen – für sich selbst wie auch für seine Kinder im Teenager-Alter. Begeistert war Seifried daher, als er auf das Unternehmen „repair4smartphones“ im Schönecker Ortsteil Budesheim aufmerksam wurde. Da für die Grünen der sorgsame Umgang mit Ressourcen ganz oben auf der politischen Agenda steht, vermittelte er einen Besuch der Direktkandidatin für den Bundestag, Anja Zeller.



Geschäft und Politik gegen den Wegwerftrend: von links: André Schubert (Geschäftsführer repair4smartphones), Bundestagskandidatin Anja Zeller und Gemeindevertreter Wolfgang Seifried (Bündnis90/Die Grünen)

Zahlreichen Geräten verhalf repair4smartphones seit seiner Gründung im Jahr 1999 bereits zu einer längeren Nutzung. Neun Mitarbeiter reparieren in Budesheim herstellerunabhängig Standard-Defekte wie gebrochene Displays - die berüchtigte Spinnen-App – oder kaputte Kameras, Home-Buttons und Ohrhörerbuchsen. „Wir arbeiten im

Auftrag von großen Handelsketten und Versicherungen aber auch für Privatkunden in unserem Ladengeschäft in Budesheim oder per Internet-Versand. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hoch spezialisiert, sie beheben mit Leidenschaft die typischen Schwachstellen aller gängigen Marken.“ berichtete Gründer und Geschäftsführer André Schubert.

Etwa 1.000 Tonnen wertvolle Rohstoffe aus Mobiltelefonen landen alleine in Deutschland jährlich im Müll. Diese Rohstoffe werden in den Herkunftsländern häufig unter fragwürdigen ökologischen und sozialen Bedingungen gewonnen. Umso wichtiger ist den Grünen ein sorgsamer Umgang mit diesen Ressourcen. Ansätze dazu sind Recycling-Systeme und Gestaltungsprinzipien wie die Öko-Design-Richtlinie, die sich für Reparaturfreundlichkeit und gegen das be-

wusste Schaffen von Schwachstellen wendet, die zu einem verfrühten Kauf eines Neugeräts führen sollen.

„Wir Grüne setzen uns mit unserem Bundestags-Wahlprogramm im Rahmen einer ökologischen Steuerreform aber auch für die Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Zielen bei der Festsetzung des Mehrwertsteuersatzes ein. Reparaturdienstleistungen könnten dann mit dem ermäßigten Steuersatz von 7 anstatt 19 Prozent besteuert werden. Die reduzierte Mehrwertsteuer würde damit einen wirtschaftlichen Anreiz zu einer längeren Produktnutzung und damit zu einem schonenden Umgang mit knappen natürlichen Ressourcen setzen,“ erläuterte Anja Zeller die Ziele der Grünen. „Die Reparatur schafft ja mehr Wert für ein Gerät, insofern halte ich es für sinnvoll, die Mehrwert-Steuer beim Wort zu nehmen.“



Elektromobilität oder Verkehrspolitik des vergangenen Jahrhunderts?

In Hanau und Nidderau sind dank Grüner Regierungsbeteiligung öffentliche Ladepunkte für Elektrofahrzeuge eine Selbstverständlichkeit, ausreichend Ladeinfrastruktur schafft Akzeptanz.

In Schöneck dagegen werden Grüne Initiativen blockiert oder bis zur Unwirksamkeit



Nidderau: E-Ladesäulen Neue Mitte

**Grüner Punkt 2:
E-Mobilität
zum Durchbruch
verhelfen**

verwässert. Weder im öffentlichen Raum noch bei Neubauten fühlt man sich für die Schaffung der notwendigen Ladeinfrastruktur zuständig. Dabei ist es gerade bei Letzteren äußerst einfach und kostengünstig, die Zukunft vorzubereiten und während des Baus zumindest bereits Kabel zu legen. Eine fehlende Stromzuleitung kann sich ansonsten später als Grund für die Nicht-Anschaffung eines E-Fahrzeuges erweisen. Denn eine Nachrüstung kann zu teuer sein, wenn dafür Leitungen neu verlegt und ggf. Wege und Straßen aufgerissen werden müssen. Die zur Regelung notwendige Anpassung der Stellplatzsatzung wurde jedoch von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Stattdessen und trotz Diesel-Skandal - ganz Verkehrspolitik des vergangenen Jahrhunderts - will die CDU durch neue Parkplätze

wieder Autos in den Kilianstädter Ortskern locken. Für die Parkplätze soll ein kleines Parkgelände geopfert werden, das heute Passanten zum Verweilen einlädt und einen Blick in den wildromantischen Bachlauf des Steinbachs gestattet.

Radfahren entgegen der Einbahnrichtung und Tempo 30 sind dagegen bei der örtlichen CDU für den „Flaschenhals“ längst keine Selbstverständlichkeiten.



Kilianstädten: Park zu Parkplatz?

Dabei kann sogar die CDU innovative Verkehrspolitik – wenn ihr ein grüner Koalitionspartner zur Seite steht. So hat die schwarz-grüne hessische Landesregierung zum 1. August 2017 das laut Bildzeitung „coolste Schülerticket Deutschlands“ eingeführt. Schüler bis zur 10. Klasse fahren damit kostenlos mit Bus und Bahn durch ganz Hessen. Ab der 11. Klasse und für Auszubildende kostet das Ticket 365 Euro im Jahr – 1 Euro pro Tag.

11. Förderung Elektromobilität
Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen

000129/2016

Beschluss

Die Gemeinde Schöneck unterstützt die Ziele der Bundesregierung, bis zum Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen zu bringen, mit folgenden Maßnahmen:

1. Die Stellplatzsatzung der Gemeinde wird dahingehend ergänzt, dass ein Anteil von 25 Prozent der zu schaffenden Stellplätze mit einer Stromzuleitung für die Ladung von Elektrofahrzeugen versehen wird.
2. Bei der Beschaffung eigener Fahrzeuge prüft die Gemeinde Schöneck künftig die Eignung von Elektrofahrzeugen und E-Bikes für den vorgesehenen Einsatzzweck und beschafft diese bevorzugt. Die aktuellen Fördermaßnahmen sind auszuschöpfen.

Die FWG-Fraktion stellte folgenden Änderungsantrag:

Ziffer 1 wird gestrichen.

Ziffer 2 wird wie folgt geändert (Änderung fett):

Bei der Beschaffung eigener Fahrzeuge prüft die Gemeinde Schöneck künftig die Eignung von Elektrofahrzeugen und E-Bikes für den vorgesehenen Einsatzzweck und beschafft diese bevorzugt, sofern die Beschaffenheit und die Kosten (Kaufpreis und Amortisation für die angesetzte Nutzungsdauer) gleichwertig gegenüber konventionellen Fahrzeugen sind. Die aktuellen Fördermaßnahmen sind auszuschöpfen.

Abstimmung: 28 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Abgelehnt und verwässert: Eine unserer Initiativen zur Förderung der Elektromobilität (Auszug aus der Niederschrift der Schönecker Gemeindevertretung vom 05.07.2016)



Den Überblick behalten bei der Fraktionsarbeit: Grüne Initiativen werden an der Thementafel von der Idee über den Antrag bis zur Umsetzung verfolgt und vorangetrieben. Jeder darf zugreifen, sich nach Neigung ein Thema aussuchen, oder auch einfach nur feststellen: „Aha, soweit sind wir!“ Das mobile Board ist auch bei den öffentlichen Fraktionssitzungen, der traditionellen „Grünen Runde“ (jeder 1. Mittwoch im Monat um 20:00 Uhr im Wirtshaus im alten Bahnhof Kilianstädten) dabei. Gäste erhalten so leicht einen Überblick über die aktuellen Themen in Schöneck - ob sie vor der Umsetzung stehen oder ob sie erneut bearbeitet werden müssen. Sie können sich mit eigenen Vorschlägen einbringen - ein neues Zettelchen auf der Wanderschaft.

Europa auf der Kippe?

Die Briten verlassen die Europäische Union, an den Zahlungsproblemen Griechenlands verdienen andere EU Staaten, die Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen EU Ländern ist extrem hoch, Ungarn und Polen sind gerade dabei, demokratische Grundregeln für ihre Länder außer Kraft zu setzen, und die Bewegungsfreiheit im Schengen-Raum ist gegenwärtig eingeschränkt!

Parallel dazu / oder gleichzeitig wurden die rechtspopulistischen Machtübernahmeversuche in Frankreich und den Niederlanden abgewendet. Schottland und Nordirland wollen weiterhin Teil der EU bleiben und denken über dafür mögliche Konsequenzen nach.

Für uns Grüne gilt:

Die Zeiten der Kleinstaaterei und der „nationalen“ Lösungen sind vorbei. Die bisherige europäische Einigung sorgte für ein weitgehend friedliches Zusammenleben, führte zu einer gemeinsamen Währung, dem Euro, zu einem weitgehend zusammenhängenden Wirtschafts- und Freihandelsraum und zur Freizügigkeit beim Arbeiten und Reisen. Dabei gibt es innerhalb der EU nicht immer die große Einigkeit, und nach wie vor gibt es Mängel und Unzulänglichkeiten bei der politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Ausgestaltung.

ABER: Der Kampf gegen Klimakrise, Hunger, Armut, Krieg, Terrorismus und Korruption, die gerechte Gestaltung der Globalisierung und der Einsatz für eine humane Flüchtlingspolitik sowie die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand und Fortschritt können nur mit einer funktionierenden und demokratisch legitimierten EU bewältigt werden.

Dazu setzen wir uns ein für

- eine stärkere Europäisierung der Außen-, Entwicklungs-, Friedens- und Sicherheitspolitik,

**Grüner Punkt 4:
Europa
zusammenführen**

- einen Mindeststeuersatz für alle in der EU ansässigen Unternehmen,
- einen funktionstüchtigen Emissionshandel,
- an ökologische Kriterien gekoppelte Landwirtschaftssubventionen, die sich messen lassen müssen an strengeren ökologischen und sozialen Mindeststandards für auf den europäischen Markt gebrachte Produkte und Rohstoffe,
- ein direkt gewähltes europäische Parlament als den zentralen Ort aller europäischen Entscheidungen, welches das Recht erhält, eigene Gesetzesvorschläge einzubringen.

Kurz gesagt: Europa voranbringen, die Europäische Union weiter ausbauen und stärken, damit auch in Zukunft die Städtepartnerschaften zwischen Anould, Gyomaendröd und Schöneck problemlos mit gegenseitigen Besuchen ohne nervende Grenzkontrollen mit Leben gefüllt werden können.



Termine ++ Termine ++ Termine ++

Jeden 1. Mittwoch im Monat/20 Uhr
Offene Fraktions-Sitzung im Wirtshaus
Alter Bahnhof, Kilianstädten

Anja Zeller im Interview:**„Ohne Grüne hat Klimaschutz nur Priorität 17“****Schönecker Grüne Zeitung (SGZ):**

Anja, du hast dich 2011 den Grünen angeschlossen, bist also eher eine politische Späteinsteigerin. Was hat dich bewogen, für die Grünen aktiv zu werden?

Anja Zeller: Alle Parteien sprechen ja mittlerweile über Grüne Themen, in der Umsetzung hapert es aber gewaltig. Und den Grünen wird von dieser Seite häufig vorgehalten, sie agierten zu radikal, setzten damit den Wohlstand aufs Spiel. Von der anderen Seite wird genau andersherum kritisiert. Ich finde, die Grünen gehen genau den richtigen Weg, sie haben klare Ziele und erkämpfen gegen viele Widerstände deren Umsetzung. Allein Grün zu wählen und aus der Distanz die Aktivitäten zu kommentieren reichte mir nicht mehr aus, ich wollte durch meinen Beitritt und das Engagement für die Grünen in Hanau und im Main-Kinzig-Kreis ein deutliches Zeichen setzen. Genau deswegen habe ich mich nun auch für die Kandidatur zum Bundestag entschieden.

SGZ: Welche Themen liegen dir besonders am Herzen?

Anja Zeller: Der Klimaschutz und eine mensch- und tierverträgliche Landwirt-

schaft. Denn bei beiden Themen trägt unsere Wirtschaftsweise massiv zur globalen Ungerechtigkeit bei. Unser Energieverbrauch lässt über die Klimaerwärmung afrikanische Böden verdorren. Der Futterbedarf unserer industriellen Fleischproduktion – der Begriff Landwirtschaft ist hier irreführend – wird durch Konzerne in allen Teilen der Welt gedeckt und zerstört dort kleinbäuerliche Existenzen. Durch eine Überwindung der Trägheit und Lobby-Hörigkeit deutscher Politik können wir das ändern und damit langfristig auch Fluchtursachen bekämpfen.

SGZ: 24. September, 18:00 Uhr. Die ersten Prognosen flimmern über den Bildschirm. Dein Wunschergebnis und deine Wunschkoalition?

Anja Zeller: Wichtig ist ein starkes Grünes Ergebnis, so dass Grüne für eine Koalitionsbildung gebraucht werden. Denn die Grünen Themen haben auch in CDU und SPD manchen Fürsprecher und können mit diesen umgesetzt werden, wenn wir sie als Koalitionspartner in diese Richtung ziehen. Sicher ist jedoch, dass ohne die Grünen der Klimaschutz weiterhin nur Priorität 17 im Regierungshandeln genießen würde.



Die Grüne Wahlkreiskandidatin: Anja Zeller, 46, ist Kunsthistorikerin und Leiterin der Stabsstelle „Nachhaltige Strategien“ der Stadt Hanau.



Grüner Punkt 10: Fluchtursachen bekämpfen

„Allein in Afrika fliehen derzeit 18 bis 20 Millionen Menschen vor den Folgen des Klimawandels“

„Wenn wir es nicht schaffen, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, werden in Zukunft bis zu 100 Millionen Menschen Richtung Norden wandern.“

Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) im Tagesspiegel am 15.01.2016 bzw. in der BILD am 17.06.2017



Integration: Langer Atem erforderlich

Vorbildlich ist die Betreuung der derzeit 235 Geflüchteten in Schöneck. Dank der dezentralen Unterbringung in allen Ortsteilen, aber vor allem dank des phantastischen Einsatzes der Gemeindeverwaltung und der vielen Ehrenamtlichen des Arbeitskreises Asyl. Ohne diese kann Integration nicht gelingen.

Jedoch: Die Arbeit ist noch lange nicht abgeschlossen, und die Beteiligten kommen auf dem Zahnfleisch daher – Ehrenamt hat seine Grenzen. Kurz nach der Sommerpause informierte der AK Asyl die Fraktionen über seine Arbeit und bat zur Entlastung um weitere hauptamtliche, personelle Unterstützung. Wir Grüne sind bereit, diese zu leisten und auf allen politischen Ebenen Mittel dafür bereitzustellen. Denn hier zu sparen ist der falsche Platz, schließlich sind die Ehrenamtlichen auch „mit die besten Präventionsarbeiter“, so der sicherheits- und außenpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Omid Nouripour in seinem Anfang August erschienenen Buch „Was tun gegen Dschihadisten?“

Industrielle Landwirtschaft und Bienen – ein riskantes Spiel

„Wenn die Biene einmal von der Erde verschwindet, hat der Mensch nur noch vier Jahre zu leben. Keine Bienen mehr, keine Bestäubung mehr, keine Pflanzen mehr, keine Tiere mehr, kein Mensch mehr.“

Ob dieses Zitat tatsächlich von Albert Einstein stammt, wird im Internet lebhaft debattiert. Aber was ist dran an der Aussage?

Sicher ist, der Bestand von Bienen, Hornissen und Hummeln geht immer weiter zurück. Der Speiseplan der Vogelwelt wird karger, die Artenvielfalt nimmt ab, vor allem leiden auch die Landwirtschaft und der Obstbau darunter, dass weniger Bienen weniger Frucht bringen. Und am Ende der Nahrungskette stehen wir!

Grüner Punkt 3: Landwirtschaft nachhaltig machen

Der Hobbyimker Jürgen Fischer widmet sich seit drei Jahren in Schöneck der Aufzucht, Hege und Pflege von mehreren Bienenvölkern und produziert Honig aus der Region. Er macht sich seine Gedanken dazu, was wir auch in Schöneck tun können:

„Lebenswichtig für die Bienen ist ein ausreichendes Trachtangebot, also Pollen für die Brut und Nektar für die Nahrungsvorsorgung. Bewusst können wir in unseren Vorgärten und Gärten zur Artenvielfalt beitragen, indem wir Wiesen und Wildblumen, Obstbäumen und Obststräuchern Raum geben, auf chemische Behandlung mit Herbiziden und Insektiziden verzichten und damit Hummeln, Hornissen und Bienen giftfrei Bestäubungs- und Nahrungsmöglichkeiten bieten. Monokulturen sind ebenso zu vermeiden wie Zuchtsorten von Stauden und

Sträuchern, die keinerlei Nährwert für die Insekten und Tierwelt haben.“

Die Leiden der Biene stehen exemplarisch für zahlreiche Fehlentwicklungen in der Landwirtschaftspolitik, denen Grüne Politik entgegentritt. Weil: Die biologische Vielfalt der Erde – unser Naturerbe, mit dem wir Schindluder treiben – setzt zwingend saubere Flüsse und Seen, Lebensraum bietende Felder und Wiesen voraus und muss durch politische Rahmenbedingungen unterstützt werden.

Wir Grüne wollen gesunde Lebensmittel, an deren Herstellung die Bäuerinnen und Bauern verdienen und nicht die chemische Industrie. Der Einsatz von Glyphosat und Neonicotinoiden muss verboten werden. Der ökologische Landbau bleibt unser Leitbild. Denn:

- Die industrielle Landwirtschaft mit ihren Pestiziden und Monokulturen verursacht die immer weiter fortschreitende Reduzierung der Artenvielfalt.

